



Wir suchen Verstärkung

Arbeitskräftemangel. Sie fehlen an allen Ecken und Enden: Fach- und Arbeitskräfte. In Krankenhäusern, im Handwerk, an den Schulen und in Pflegeheimen mangelt es schon lange an Personal, nun kommen viele andere Branchen wie die Reiseindustrie oder die Gastronomie hinzu. Dabei gäbe es Möglichkeiten, mehr Menschen zu beschäftigen – es hapert allerdings an einem Gesamtkonzept, wie man dem demografischen Wandel auf dem Arbeitsmarkt begegnen will. Auch Cafébesitzer Leon de Kok hat Probleme, Mitarbeiter zu finden. Im iwd-Porträt berichtet er, warum er seit Jahren keinen Auszubildenden findet und weshalb er auch während der Betriebsferien weiterarbeitet.

—> [Seiten 2-7](#)

M+E-Industrie

Die Automatisierung schreitet auch in der M+E-Branche weiter voran. Auf den digitalen Wandel haben viele Betriebe reagiert und ihre Ausbildungspraxis modernisiert.

—> [Seiten 8-9](#)

China

Die Abhängigkeit der EU gegenüber China ist zuletzt deutlich gewachsen. IW-Forscher Jürgen Matthes rät deshalb dazu, neue Freihandelsabkommen zu schließen.

—> [Seiten 10-13](#)

Plötzlich Realität



Wir suchen
Verstärkung

Arbeitskräftemangel. Ob im Gesundheitswesen, in der Gastronomie, an Flughäfen oder bei Airlines, im Handwerk oder in der Metall- und Elektro-Industrie: Der Arbeits- und Fachkräftemangel ist mittlerweile allgegenwärtig. Dennoch gibt es bislang kein Gesamtkonzept der Politik, um dem drängenden Problem Herr zu werden – obwohl es jede Menge Stellschrauben dafür gäbe.

Artikel 3 des berühmten Kölschen Grundgesetzes lautet: Et hätt noch immer jot jejangen. Auf Hochdeutsch: Es ist bisher noch immer gut gegangen. Jene Binsenweisheit galt in den vergangenen Jahren auch mit Blick auf den deutschen Arbeitsmarkt. Denn obwohl Wirtschaftsexperten schon lange vor dem Fachkräftemangel warnen und dabei auf die demografische Entwicklung verwiesen, schienen die Probleme vielerorts wenig akut.

Dabei lässt die Bevölkerungsvorausberechnung des Statistischen Bundesamts schon lange keinen Zweifel daran aufkommen, wie gravierend die demografischen Herausforderungen sind (Grafik):

Bereits 2025 wird die Altersverteilung der deutschen Bevölkerung weit von der klassischen Pyramidenform entfernt sein – die meisten Einwohnerinnen und Einwohner haben dann gerade das Rentenalter erreicht oder stehen kurz davor.

Der Befund hat seine Ursache in der schon lange niedrigen Geburtenrate. Die Flüchtlingsströme der vergangenen Jahre brachten zwar vor allem jüngere Menschen in die Bundesrepublik, doch das war kaum mehr als ein Tropfen auf den heißen Stein.

Mittlerweile scheint Artikel 3 des Kölschen Grundgesetzes jedenfalls plötzlich nicht mehr zu gelten, denn der Arbeitskräftemangel ist nun in vielen Branchen und Betrieben Realität. Nicht zuletzt aufgrund von Corona: Die Pandemie hat dafür gesorgt, dass sich viele Menschen während der Lockdowns beruflich umorientiert haben.

Bei den Fachkräften – beispielsweise im MINT-Bereich – hat Corona im Jahr 2020 indes für einen kurzen, aber mehr als trügerischen Frieden gesorgt. Da ging die Fachkräftelücke, die das Kompetenzzentrum Fachkräftesicherung jedes Jahr auf Basis der Daten der Bundesagentur für Arbeit berechnet, erstmals seit einem Jahrzehnt spürbar zurück (Grafik Seite 4 links):

Fehlten im Jahr 2019 noch fast 400.000 Fachkräfte in Deutschland, waren es 2020 nur noch etwas mehr als 240.000. Im Jahr 2021 wurde die Lücke allerdings schon wieder deutlich größer – im Durchschnitt wurden 350.000 Personen gesucht.

Und 2022 dürften es noch einmal viel mehr werden. Ohnehin sind die Zahlen des Kompetenzzentrums Fachkräftesicherung eine eher konservative Annäherung an die Realität: Um dem Vorwurf des Alarmismus jede Grundlage zu nehmen, wird für die Berechnung deutschlandweit jede verfügbare offene Stelle mit einem verfügbaren Bewerber besetzt. Nur der Rest wird als Lücke ausgewiesen. Dabei ist es in Wirklichkeit natürlich mehr als fraglich, ob ein Koch aus Lübeck in der Folgeweche in Oberammergau einen neuen Job antreten würde.

Doch was ist zu tun, wenn der Arbeitskräftemangel allgegenwärtig ist? Mit dieser Frage sollte sich die deutsche Politik eigentlich schon seit vielen Jahren umfassend beschäftigen. Doch es liegt in der Natur des Denkens in Legislaturperioden, dass die Tagesaktualität langfristige Vorsorge verdrängt. Hinzu kommt, dass viele der Möglichkeiten, die der Politik gegen den Fachkräftemangel zur Verfügung stehen, nur sehr bedingt auf Gegenliebe der Wähler stoßen.

Die aktuellen Schlagzeilen zu gestrichenen Flügen, geschlossenen Hotels und Restaurants, abgesagten Festivals und brachliegenden Baustellen zeigen aber eindrucksvoll, dass die Regierenden sich mit allen wirtschaftspolitischen Möglichkeiten auseinandersetzen müssen, um dem Arbeits- und Fachkräftemangel etwas entgegenzusetzen. Ihre Optionen im Einzelnen:

Erwerbsbeteiligung der Frauen. Im Jahr 2021 finanzierten fast zwei Drittel der Frauen im Alter von 18 bis 64 Jahren ihren Lebensunterhalt durch die eigene Erwerbstätigkeit, im Jahr 2000 hatte das noch für lediglich etwas mehr als die Hälfte gegolten. Bei der

Demografie: Altersstruktur verschiebt sich massiv

So viele Personen dieses Alters werden im Jahr 2025 im Vergleich zu 1990 voraussichtlich in Deutschland leben – in 1.000



Annahme: moderate Entwicklung bei Geburten, Lebenserwartung und Wanderung

Quelle: Statistisches Bundesamt
© 2022 IW Medien / iwd

iwd

Erwerbsbeteiligung der Frauen hat sich also bereits vieles positiv entwickelt. Gleichwohl ergab eine Studie des Münchner ifo-Instituts, dass noch immer 17 Prozent der Frauen gern mehr arbeiten würden, als sie es aus verschiedenen Gründen tatsächlich tun.

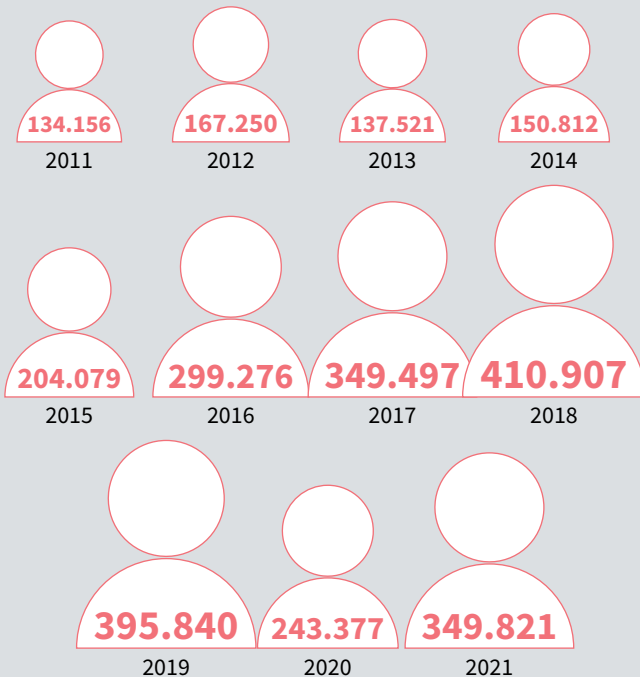
Was sie unter anderem an einer Ausweitung der Erwerbstätigkeit hindert, ist das Betreuungsangebot für den Nachwuchs. Denn das ist noch immer längst nicht

überall so umfassend ausgebaut, wie es nötig wäre: Im Jahr 2020 wurden in Deutschland rund 48 Prozent der drei- bis fünfjährigen Kinder ganztags betreut – ein Plus von etwas mehr als 15 Prozentpunkten binnen zehn Jahren. Bei den unter Dreijährigen stieg die Quote von gut 12 auf fast 20 Prozent.

Fortsetzung

Fachkräftelücke: Corona lieferte nur kurze Verschnaufpause

So viele Jobs waren in Deutschland rein rechnerisch nicht zu besetzen, weil es keine entsprechend qualifizierten Personen gab



ohne Helferinnen und Helfer; Jahresdurchschnitt

Quelle: Kompetenzzentrum Fachkräftesicherung
© 2022 IW Medien / iwd

iwd

Laut Berechnungen des IW fehlten 2020 trotz dieser Entwicklung deutschlandweit noch immer rund 340.000 Plätze in Kitas.

Die müssen zeitnah zur Verfügung stehen, wenn mehr Frauen arbeiten können sollen.

Bildung. Rund 10 Prozent der 18- bis 24-Jährigen hatten 2020 in Deutschland nur die Sekundarstufe I durchlaufen und keine weitere allgemeine oder berufliche Bildung erfahren. Damit gelten sie nach offizieller Definition als bildungsarm.

Deutschland steht mit dieser Quote deutlich schlechter da als andere europäische Staaten wie Kroatien (2,2 Prozent), Griechenland (3,8) oder Irland (5,0). Es tut also Not, dass die Bundesrepublik analysiert, wie sie die Bildungsarmut reduzieren kann. Schließlich braucht das Land qualifizierten Nachwuchs mehr denn je.

Auch mit Blick auf die Sprachkompetenz liegt einiges im Argen – über alle Generationen hinweg (Grafik rechts):

Laut Studie der Uni Hamburg waren im Jahr 2018 in Deutschland rund 12 Prozent der erwerbsfähigen Menschen Analphabeten, also 6,2 Millionen.

Zwar ist der Anteil der Analphabeten zwischen 2010 und 2018 um 2,4 Prozentpunkte gesunken, doch wenn immer noch jeder Achte zwischen 18 und 64 Jahren nicht richtig lesen und schreiben kann, ist das ein erschreckend hoher Anteil im Land der Dichter und Denker.

Entsprechend sollte das deutsche Bildungssystem beispielsweise durch verpflichtende Tests entsprechende Lücken bei allen Kindern rechtzeitig erkennen und die Sprachkompetenz gezielt fördern.

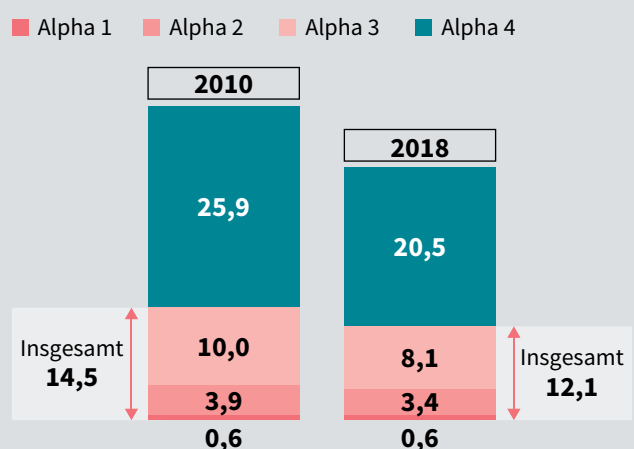
Zudem offenbart der neueste Bildungsmonitor des Instituts der deutschen Wirtschaft, dass der Staat in jüngerer Vergangenheit zwar mehr Geld in die Schulen gesteckt hat, unter anderem um die Förderinfrastruktur zu verbessern – auf die Schulqualität hat sich das aber nicht positiv ausgewirkt. Auch hier muss seitens der Politik nachgeschärft werden.

Ebenfalls in den Bildungsbereich fällt, dass immer mehr junge Menschen in Deutschland Abitur machen, um danach zu studieren. Und das, obwohl das hiesige duale Ausbildungssystem Weltruhm genießt, als Blaupause für andere Länder dient und man mit dem richtigen Ausbildungsjob teils deutlich besser verdienen kann als mit einem akademischen Abschluss – im Maschinenbau beispielsweise oder in der Luftfahrttechnik. Darüber sollte schon in der Schule umfassend informiert werden.

Rentenbeginn. Manche Fässer müssen immer wieder aufgemacht werden. Das gilt für kaum ein politisches

Jeder Achte ist in Deutschland Analphabet

So viel Prozent der Deutsch sprechenden 18- bis 64-Jährigen wurden dieser Alphabetisierungs-Kategorie zugeordnet



Alpha 1: Jemand kann maximal Buchstaben lesen;
Alpha 2: Personen sind in der Lage, einzelne Wörter zu lesen oder zu schreiben;
Alpha 3: Personen können einzelne Sätze lesen und schreiben, sie scheitern aber an zusammenhängenden Texten;
Alpha 4: auffällig fehlerhafte Rechtschreibung – auch bei gebräuchlichem und einfachem Wortschatz

Quelle: Universität Hamburg
© 2022 IW Medien / iwd

iwd

Thema so sehr wie für die Rente. Hier hat sich die aktuelle Regierungskoalition darauf versteift, dass weder am Sicherungsniveau von 48 Prozent des einstigen Einkommens noch am Rentenbeginn mit 67 Jahren gerüttelt werden soll.

Doch sowohl Ökonomen als unlängst auch die Bundesbank widersprechen energisch. Letztere hat vorgeschlagen, den Rentenbeginn an die Lebenserwartung zu koppeln. Nur so könne verhindert werden, dass die steigende Lebenserwartung zu einer unbezahlbaren Belastung für die Rentenzahler – also die jüngeren Generationen – wird. Hier sollte die Politik ergebnisoffen diskutieren, wie die gesetzliche Rente generationengerecht zu gestalten ist.

Immerhin stimmt die Richtung, in die sich die Beschäftigung Älterer in den vergangenen Jahren entwickelt hat (Grafik):

Im Jahr 2020 arbeiteten fast 2,5 Millionen Menschen ab 55 Jahren mehr in Deutschland als noch im Jahr 2013.

In keiner anderen Altersgruppe war der Anstieg so deutlich. Gleichwohl ist natürlich nicht jeder Job für jedes Alter geeignet. Deshalb sind auch die Unternehmen gefragt, ältere Mitarbeiter passend einzusetzen und ihnen – gemeinsam mit dem Staat – Möglichkeiten zu bieten, sich bis ins Alter weiter zu qualifizieren.

Geordnete Zuwanderung. Gastarbeiter, beispielsweise aus der Türkei, verhalfen Deutschland zum Wirtschaftswunder nach dem Zweiten Weltkrieg. Jetzt sollen sie kurzfristig an deutschen Flughäfen helfen, das Chaos in den Griff zu bekommen. Doch auch dauerhaft führt an qualifizierter Zuwanderung kein Weg vorbei:

Experten schätzen, dass es jährlich netto 400.000 Zuwanderer in Deutschland bräuchte – einzig, um die Zahl der Erwerbsfähigen konstant zu halten.

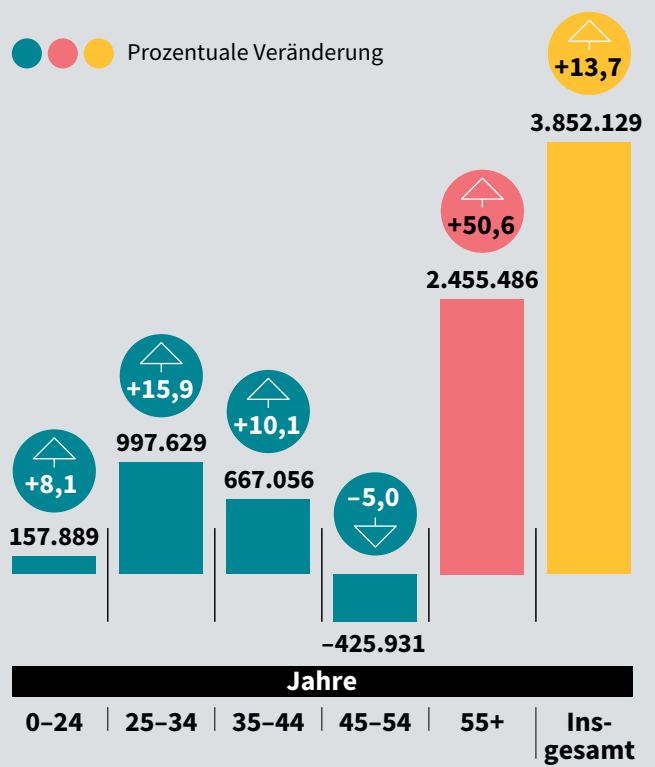
Das ist der Politik bewusst. Deshalb hat schon die Große Koalition das Fachkräfteeinwanderungsgesetz auf den Weg gebracht und die Ampel-Regierung setzt nun ebenfalls auf qualifizierte Zuwanderung. EU-weit unterstützt dafür bereits seit 2012 die Blaue Karte, ein befristeter Aufenthaltstitel für akademische Fachkräfte aus Nicht-EU-Ländern. In Deutschland dürfen sich aktuell 70.000 von ihnen aufhalten, mehr als 57.000 einstige Blue-Card-Inhaber verfügen mittlerweile über eine unbefristete Niederlassungserlaubnis.

Die Politik muss in den kommenden Jahren stärker denn je um Arbeitskräfte aus Drittstaaten werben – nicht nur mit der Blauen Karte, sondern auch mit anderen gezielten Maßnahmen.

New Work. Menschen und Unternehmen hat Corona hart getroffen. Allerdings hat die Pandemie den Wandel

Immer mehr ältere Beschäftigte

Um so viel Prozent wuchs oder sank die Zahl sozialversicherungspflichtig Beschäftigter in der jeweiligen Altersgruppe von 2013 bis 2020 in Deutschland



Quellen: Bundesagentur für Arbeit, Kompetenzzentrum Fachkräftesicherung © 2022 IW Medien / iwd



der Arbeitswelt enorm beschleunigt – Stichwort mobiles Arbeiten.

Darin steckt mit Blick auf den Arbeitskräftemangel nun eine enorme Chance: Mitarbeiter müssen nicht länger zwingend vor Ort sein, sie können in vielen Jobs in einer ganz anderen Region oder gar in einem anderen Land ihren Lebensmittelpunkt haben. Und jene, die sich neben dem Job um Angehörige kümmern, können ihre Arbeit dank moderner Technik besser denn je darum herum organisieren.

Unternehmen, die Fachkräfte suchen, sollten diesen entsprechende Möglichkeiten zum mobilen Arbeiten anbieten. Und auch mit Blick auf die Stammbeschaft sollten Chefs offen für New Work sein:

Eine LinkedIn-Umfrage ergab, dass 40 Prozent der Befragten eine Kündigung erwägen, wenn ihre Firma ihnen flexibles Arbeiten verwehrt.

Gleichwohl will kaum jemand ausschließlich von zu Hause arbeiten – rund die Hälfte der von der Unternehmensberatung EY Real Estate Befragten präferiert eine Mischung aus Büro und Homeoffice.

Kreativer Küchenmeister



Porträt. Als Koch und Pâtissier mit eigenem Café will **Leon de Kok** sich eigentlich auf die kulinarische Seite konzentrieren. Doch inmitten einer Pandemie und angesichts akuten Personalmangels ist es gar nicht so einfach, ein perfekter Gastgeber zu sein.

Im Juli macht Leon de Kok, Inhaber des Cafés de Kok in Köln-Zollstock, den Laden eine Woche dicht. Doch statt sich während der Betriebsferien auszuruhen oder gar zu verreisen, schaltet der 49-Jährige in den Organisationsmodus: Weil seine Konditorin ein halbes Jahr in Südtirol Erfahrungen sammelt, einer seiner Köche wieder eine Stelle in seinem angestammten Beruf als Diätkoch gefunden hat und die zweite Köchin gerade eine lang geplante mehrmonatige Auslandsreise antritt, muss de Kok bereits vier Tage vor der Wiedereröffnung Waren bestellen, Mehl und andere Zutaten abwägen, Tortenböden backen, Cremes und Füllungen vorbereiten, die Wochen-Speisekarte planen und online stellen, Formulare ausfüllen, Gehälter auszahlen, mit dem Steuerberater sprechen und vieles mehr. Personal suchen müsste er eigentlich auch. Dringend. Bloß wann?

„Die Arbeitszeiten sind gar nicht so schlimm. Ich arbeite zwar meistens sieben Tage die Woche zwölf bis 14 Stunden täglich, aber was mir zu schaffen macht, sind andere Dinge“, sagt der Meisterkoch. De Kok kommt aus der gehobenen Gastronomie, er hat im mittlerweile geschlossenen Schlosshotel Bühlerhöhe gearbeitet, sich mit der Pâtisserie in einem Sternerestaurant in Xanten vertraut

gemacht und war zehn Jahre Betriebsleiter beim Versicherungsunternehmen Generali.

„Zwischen 20 und 30 Prozent meiner Arbeitszeit verbringe ich mit administrativen Sachen wie Lohn- und Steuerangelegenheiten und Terrassengenehmigungen. Auch die Anträge für die Corona-Hilfen und die Umsetzung der jeweiligen Corona-Regeln haben viel Zeit beansprucht. Ich wünsche mir wirklich eine einfachere Bürokratie.“

Als de Kok das Café im September 2018 übernahm, war das auch die Erfüllung eines Lebensstraums. Denn Kuchen und Torten sind die Passion des Meisterkochs: Er hat mehr als 110 Torten im Portfolio, darunter die sehr erfolgreiche Schoko-Earl-Grey-Torte, den veganen Schokokuchen, die Lemon-Curd-Torte und nicht zu vergessen die hausgemachte Eis-splitter-Torte. Selbst der Käsekuchen hat einen besonderen Dreh: nämlich einen Kürbiskernmürbeteig. Und als wäre all das noch nicht köstlich genug, werden geordnete Kuchenstückchen im Café vom Chef persönlich hübsch auf dem Teller ausdekorieren: etwa mit Fruchtsoßen-Kleksen, Krokant-Blättchen und Puderzucker-Spiegeln.

Das erste halbe Jahr als selbstständiger Gastronom, erinnert sich de Kok, verlief schleppend. Doch

dann merkte er recht schnell, dass Cafébesucher in der Großstadt nicht nur Törtchen essen wollen. Seitdem bietet er Frühstück an, Snacks und ein täglich wechselndes Mittagsgeschicht. Und als alles so richtig schön Fahrt aufgenommen hatte, kam Corona.

„Wir haben nicht zugemacht, denn das wäre für ein Café, das noch nicht so bekannt ist, das Todesurteil gewesen“, sagt de Kok. Weil er während der Lockdowns aber keine Gäste mehr empfangen durfte, gab es alles als To-go-Variante: den Mittagstisch, wöchentlich wechselnde Frühstücksboxen mit Säften und Müsli sowie natürlich sämtliche Kuchen.

„Das ist so gut angekommen, dass ich keinen meiner Mitarbeiter länger in Kurzarbeit schicken musste.“ Viele Leute hätten sein Café sogar erst im Lockdown wahrgenommen, zum Teil auch deshalb, weil plötzlich alle spazieren gegangen seien, erinnert sich de Kok. Und so kommt es, dass die beiden Festangestellten, die ehemals fünf Mini-Jobber und nicht zuletzt der Gründer selbst die gastronomisch herausfordernden ersten beiden Corona-Jahre in ihrer Branche überstehen.

Doch mit den Corona-Lockerungen wird es nicht leichter. Hatte das Café de Kok bis dato sieben Tage die



Foto: IW Medien

Woche geöffnet, ist mit dem Abgang des Diätkochs seit Beginn des Jahres am Montag immer Ruhetag. Als sich dann auch noch die Konditorin für ein halbes Jahr verabschiedete, kam ein zweiter Ruhetag hinzu. Und seit Juli fehlt nun auch die zweite Köchin.

„Eigentlich brauche ich eine Konditorin und einen Auszubildenden“, sagt de Kok. Köche darf der Küchenmeister nämlich selbst ausbilden, doch seit der Café-Eröffnung vor fast vier Jahren ist es ihm nicht gelungen, einen Azubi zu finden. Einmal hatte er einen Schülerpraktikanten, der sich für die Kochausbildung interessierte, doch am Ende passte es doch nicht, erinnert sich de Kok. Und durch die Pandemie sei der Beruf für viele noch unattraktiver geworden, ist sein Resümee.

„Es ist schwierig, immer neue Leute zu akquirieren.“ Selbst studentische Hilfskräfte seien in der Gastronomie kaum zu bekommen – sie fänden heute viel sicherere und lukrativere Jobs, in Testzentren etwa, wo sie zwischen 16 und 18 Euro die Stunde verdienen könnten. De Kok zahlt seinen Kellnerinnen und Kellnern ein etwas höheres Gehalt als den aktuellen Mindestlohn von 10,45 Euro pro Stunde, zuzüglich Trinkgeld, das auf alle Angestellten umgelegt wird. Und die Mindestlohnerhöhung auf 12 Euro die Stunde bereitet ihm zusätzliche Sorgen: „Das wird noch mal eine neue Herausforderung.“

Denn auch sein Geschäftsmodell ist von der Inflation betroffen. Die Lebensmittel, die de Kok für den

laufenden Cafébetrieb einkauft, sind seit Jahresbeginn zwischen 16 und 18 Prozent teurer geworden, auch die Liefergebühren sind bereits gestiegen. Irgendwann, spätestens wenn die Mindestlohnerhöhung Anfang Oktober in Kraft tritt, wird dann auch der Kaffee und Kuchen im Café de Kok noch einmal teurer werden müssen.

Und wie geht es weiter, wenn das Café am 9. Juli wieder öffnet und in der Küche einzig der Chef des Ladens selbst steht? „Ich weiß nicht, wie ich das Personalproblem lösen soll. Aber Corona hat mir tatsächlich geholfen, die Dinge etwas lässiger zu sehen. Ich hatte zu Beginn der Pandemie viele Existenzängste, die habe ich nun deutlich weniger. Man lernt eben, kreativ zu sein.“

Auf dem Weg zur Ausbildung 4.0

M+E-Industrie. Schon seit längerem zeigt der Trend in Richtung digitale Fertigung – auch in der Metall- und Elektroindustrie. Weil entsprechende Kompetenzen für Fachkräfte immer wichtiger werden, haben bereits viele M+E-Unternehmen reagiert und ihre Ausbildungspraxis modernisiert. Die „Ausbildung 4.0“ ist aber längst noch nicht überall angekommen.

Die M+E-Industrie gehört zu den wichtigsten Wirtschaftszweigen und stärksten Ausbildungsbranchen in Deutschland: 109.293 Ausbildungsverträge wurden allein im Ausbildungsjahr 2021 in Metall- und Elektro-Berufen neu abgeschlossen.

Allerdings müssen sich die künftigen Fachkräfte immer mehr der voranschreitenden Automatisierung in der Produktion anpassen. Dadurch ändern sich zwar nicht die Aufgaben selbst – ein Konstruktionsmechaniker muss immer noch Metallkonstruktionen mit Schweißverfahren herstellen –, doch neu sind die digitalen Bedienelemente und Produktionsanlagen.

Um dem digitalen Wandel zu begegnen, sind im Jahr 2018 in elf der insgesamt 40 M+E-Ausbildungsberufe neue Ausbildungsinhalte in Kraft getreten – zusammengefasst in der sogenannten Berufsbildposition 5.

Damit lernen Azubis zum Beispiel, betriebsübliche Software für die Steuerung von Produktionsprozessen zu nutzen. Die neuen Inhalte gelten als verpflichtend und können damit auch Thema der Zwischen- und Abschlussprüfungen sein.

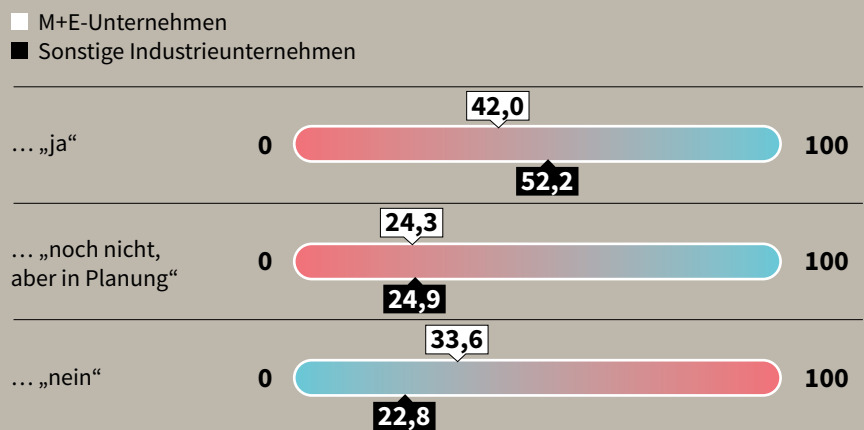
Darüber hinaus gibt es noch sieben neue optionale Zusatzqualifikationen, die Azubis erwerben können, wie etwa Know-how beim 3-D-Druck oder in der Programmierung.

So weit, so gut. Doch sind die Neuerungen mittlerweile auch in der Ausbildungspraxis angekommen? Jein. Im Jahr 2020 hatte sich immer-

hin die Hälfte aller ausbildenden Unternehmen in der Metall- und Elektroindustrie bereits mit den verpflichtenden neuen Inhalten beschäftigt. Bei den Zusatzqualifikationen lag der Anteil ähnlich hoch. Allerdings gaben lediglich 10 Prozent der Betriebe an, auch über detailliertes Wissen zu verfügen.

M+E-Industrie: Die Ausbildung wird digitaler

So viel Prozent der Unternehmen antworteten auf die Frage: „Hat Ihr Unternehmen in der Ausbildung der Metall- und Elektroberufe in den letzten fünf Jahren neue Ausbildungsinhalte eingeführt, um auf die Herausforderungen der digitalen Arbeitswelt zu reagieren?“ mit ...



Befragung von 153 M+E-Unternehmen und 88 Unternehmen aus der sonstigen Industrie im Frühjahr 2020

Quelle: Institut der deutschen Wirtschaft
© 2022 IW Medien / iwd

iwd

Seitdem dürfte diese Ziffer aber gestiegen sein, da sich auch die Ausbilder erst mal mit den neuen Inhalten beschäftigen mussten. Zudem haben auch viele Unternehmen – unabhängig vom Kenntnisstand um die Neuerungen – den Reformbedarf in ihrer Ausbildungspraxis erkannt (Grafik Seite 8):

Im Jahr 2020 gaben zwei Drittel der ausbildenden M+E-Unternehmen an, in den vergangenen fünf Jahren neue Ausbildungsinhalte eingeführt zu haben oder dies zu planen – darunter auch viele Betriebe, die mit den Neuerungen noch nicht vertraut waren.

Gleichwohl benötigen die ausbildenden M+E-Unternehmen mehr Unterstützung: So sagen vier von zehn Unternehmen, dass sie weitere Hilfen brauchen. Dies zeigt auch der Blick auf die einzelnen Ausbildungsinhalte (Grafik):

Zwar berichten 43 Prozent aller Unternehmen, die in M+E-Berufen ausbilden und die neuen Inhalte kennen, dass sich die Inhalte der Berufsbildposition 5 reibungslos in die Ausbildung integrieren lassen, augenscheinlich haben aber auch viele Betriebe Hemmnisse bei der Integration.

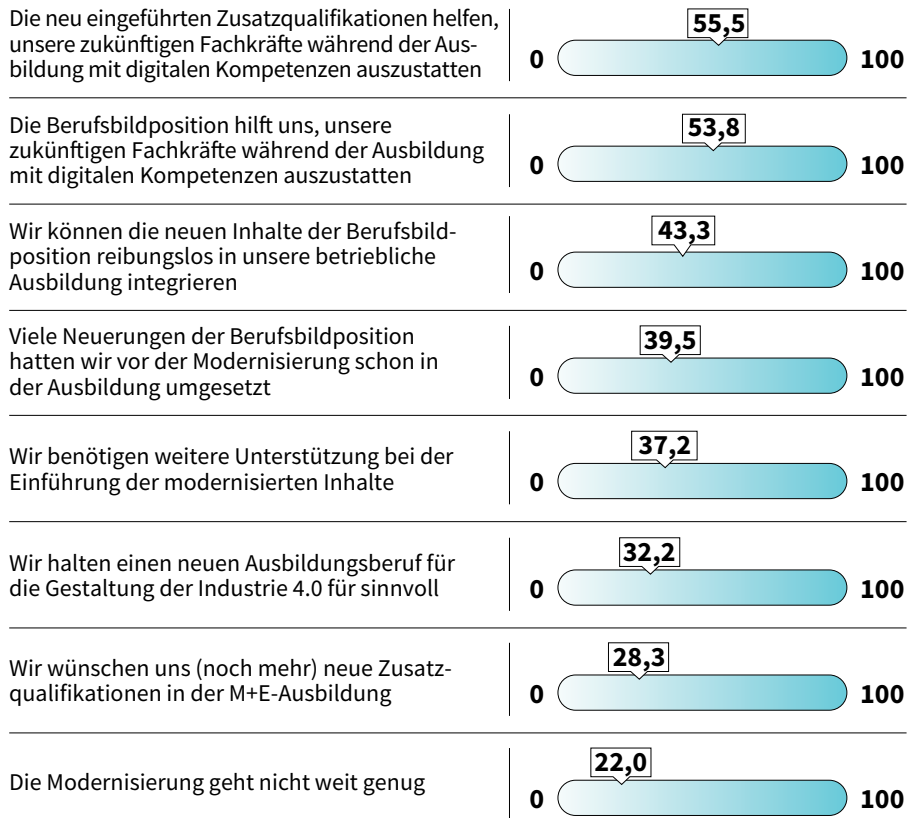
Zusammen mit den Unternehmen, die noch gar nicht mit der Modernisierung vertraut sind, wird der Kreis jener Betriebe, die von Unterstützung profitieren können, noch einmal größer.

Eine wichtige Rolle könnten bei der künftigen Umsetzung der digitalen Ausbildungspraxis die Berufsschulen spielen – dies befürworten auch die Betriebe selbst:

Rund 56 Prozent aller M+E-Unternehmen, die mit der Modernisierung der Ausbildungspraxis noch nicht vertraut sind und in M+E-Berufen ausbilden, wünschen eine engere Kooperation mit der Berufsschule.

Die Modernisierung der M+E-Ausbildung

So viel Prozent der M+E-Unternehmen, die in Berufen der Metall- und Elektroindustrie ausbilden und mit der digitalen Modernisierung der Ausbildung zumindest grob vertraut sind, stimmen folgenden Aussagen zu



Die Berufsbildposition ist Teil der modernisierten Ausbildungsordnung und besteht aus der Vermittlung digitaler Lerninhalte. Befragung von 82 Unternehmen im Frühjahr 2020

Quelle: Institut der deutschen Wirtschaft © 2022 IW Medien / iwd

iwd

Schon jetzt berichtet eine überwiegende Mehrheit der Betriebe, dass die Berufsschulen bei der Vermittlung der neuen digitalen Inhalte aktiv mitwirken. Trotzdem ist der gegenwärtige Austausch, etwa von Lehr- und Lernmaterial, sowie die gemeinsame Nutzung von Software und digitalen Tools noch zu wenig verbreitet.

Praxisgerechte Hilfen für die digitale Umsetzung, Qualifizierungsangebote für das Ausbildungspersonal in Unternehmen und Berufsschulen sowie eine intensivere Lernortkooperation könnten deswegen helfen, die Digitalisierung in der M+E-Ausbildung noch weiter voranzutreiben.

IW-Kurzbericht 51/2022

Christoph Metzler, Filiz Koneberg, Dirk Werner: Modernisierung der industriellen M+E-Ausbildung im digitalen Wandel iwkoeln.de/digitale-ausbildung

IW-Gutachten

Matthias Becker, Regina Flake, Filiz Koneberg, Christoph Metzler, Tim Richter-Honsbrok, Miriam Schöpp, Susanne Seyda, Georg Spöttl, Dirk Werner, Lars Windelband: Evaluation der modernisierten M+E-Berufe: Herausforderungen der digitalisierten Arbeitswelt und Umsetzung in der Berufsbildung iwkoeln.de/mue-ausbildung

Absehbares Ungleichgewicht

China. Die Volksrepublik ist ein mächtiger Handelspartner. Doch während China für die EU und vor allem für Deutschland ein immer wichtigerer Handelspartner wurde, gilt für Peking das Gegenteil. Aus geopolitischen Gründen sollte der Westen seine Handelsabhängigkeit gegenüber China schnellstmöglich durch mehr Diversifizierung reduzieren.

Dass der Westen und damit Deutschland wirtschaftlich in hohem Maß abhängig von China sind, ist bei-leibe keine neue Erkenntnis:

China war im Jahr 2021 mit einem Warenhandelsvolumen von 9,5 Prozent Deutschlands wichtigster Handelspartner – und das zum sechsten Mal in Folge.

Aus keinem anderen Land importierte Deutschland Waren für so viel Geld (knapp 142 Milliarden Euro) und nur in die USA (122 Milliarden Euro) exportierte Deutschland mehr als nach China (annähernd 104 Milliarden Euro). Vor allem für die deutschen Autohersteller ist China ein wichtiger Markt: Jedes

dritte Fahrzeug von BMW, Mercedes-Benz und VW verkauften die Konzerne im vergangenen Jahr dort, bei der Marke VW war es sogar jedes zweite Auto.

Auch auf der Importseite gibt es große Abhängigkeiten, vor allem bei den sogenannten kritischen Rohstoffen. China ist beispielsweise der größte Exporteur von Magnesium und seltenen Erden. Die Hälfte des Magnesiums, das Deutschland 2019 importierte, stammte aus dem Reich der Mitte. Bei den seltenen Erden betrug der Importanteil aus China 45 Prozent. Da die Substitutionsmöglichkeiten für viele seltenen Erden gering sind, sie aber oft eine hohe

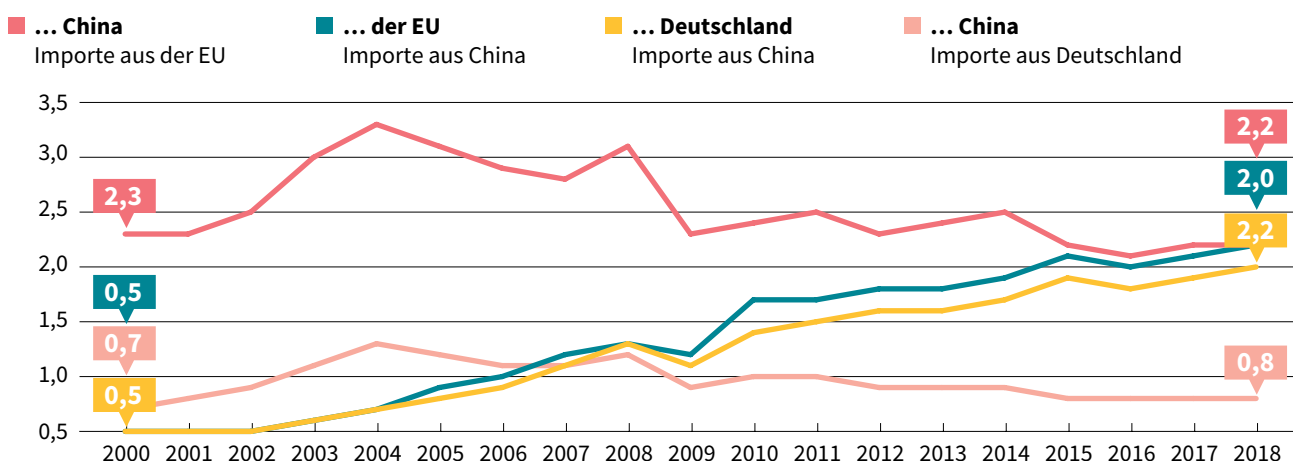
Zukunftsrelevanz haben – etwa für die Elektromobilität und damit für die Energiewende –, hat sich Deutschland hier in eine starke Abhängigkeit von China begeben.

Aber gilt das auch für den Außenhandel insgesamt? Eine neue IW-Studie liefert eine Bestandsaufnahme der gegenseitigen Handelsverflechtungen zwischen der EU und Deutschland auf der einen Seite und China auf der anderen Seite.

Ein zentrales Ergebnis lautet: Während die EU und Deutschland ihre Handelsanteile mit China immer weiter ausbauen, verringert China seine Abhängigkeit vom Westen. Das liegt vor allem daran, dass Peking

Deutschland und EU: Abhängigkeit von Importen aus China wächst

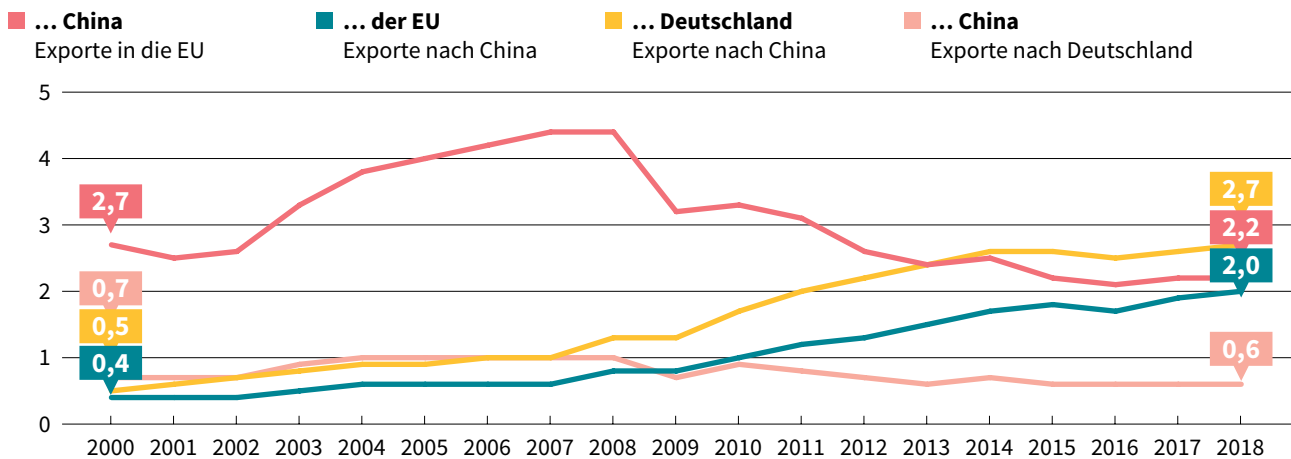
So viel Prozent der gesamten Wertschöpfung, die in der Endnachfrage in ... enthalten war, entfielen direkt und indirekt auf Wertschöpfungs-Importe aus diesem Land/dieser Ländergruppe



Quellen: OECD, Institut der deutschen Wirtschaft
© 2022 IW Medien / iwd

China wird als Absatzmarkt immer wichtiger

So viel Prozent der gesamten Wertschöpfung in ... hängen über den Export direkt und indirekt von der Endnachfrage in diesem Land/dieser Ländergruppe ab



Quellen: OECD, Institut der deutschen Wirtschaft
© 2022 IW Medien / iwd

iwd

seit rund 15 Jahren seine Handelsoffenheit reduziert. Die Fakten im Detail:

Die **importseitigen Abhängigkeiten** zeigen die Relevanz Chinas als Lieferant für die EU und Deutschland sowie umgekehrt. Betrachtet man den reinen Warenhandel, gibt es deutliche Unterschiede, wie sich die gegenseitigen Importanteile entwickelt haben: Seit dem Jahr 2000 ist Chinas Bedeutung als Lieferant für die EU und Deutschland deutlich gestiegen. Lag der Anteil der Warenimporte der EU-Staaten aus China im Jahr 2000 noch bei 6,1 Prozent, betrug er 2021 bereits 22,3 Prozent. In Deutschland erhöhte sich nach Angaben des Internationalen Währungsfonds der entsprechende Anteil von 3,2 Prozent auf 8,2 Prozent.

In China dagegen haben sich die Importanteile kaum verändert: Im Jahr 2000 bezog Peking 10,5 Prozent aller ausländischen Waren aus der EU, im Jahr 2021 waren es 10,6 Prozent. Bei Deutschland waren es 4,6 Prozent und 4,5 Prozent.

Um die gesamtwirtschaftliche Bedeutung der Importabhängigkeiten

abschätzen zu können, reicht ein Blick auf den reinen Warenhandel allerdings nicht aus. Hierfür ist eine Betrachtung von wertschöpfungsbezogenen Daten nötig, da sie auch die enthaltene Wertschöpfung von Waren und Dienstleistungen aus anderen Ländern als dem Importland berücksichtigen. So wird unter anderem erfasst, wenn europäische Importe aus China zu einem relevanten Teil Wertschöpfung aus anderen, beispielsweise asiatischen Ländern beinhalten. Ebenfalls ermittelt wird die chinesische Wertschöpfung in Importen, die etwa Deutschland aus Vietnam bezieht.

Weil es jedoch aufwendig ist, diese Daten zu ermitteln, stehen die aktuellsten Werte nur für 2018 zur Verfügung (Grafik Seite 10):

In China entfielen 2,2 Prozent der Wertschöpfung, die in den dort nachgefragten Gütern enthalten war, auf Wertschöpfungs-Importe aus der EU. In der EU lag der entsprechende Anteil für Importe aus China bei 2,0 Prozent.

Auf der Importseite sind China und die EU also ähnlich abhängig

voneinander. Deutschland ist dagegen mit einem Wertschöpfungsanteil in der deutschen Endnachfrage von 2,2 Prozent im Jahr 2018 deutlich stärker von China abhängig als China von Deutschland mit nur 0,8 Prozent.

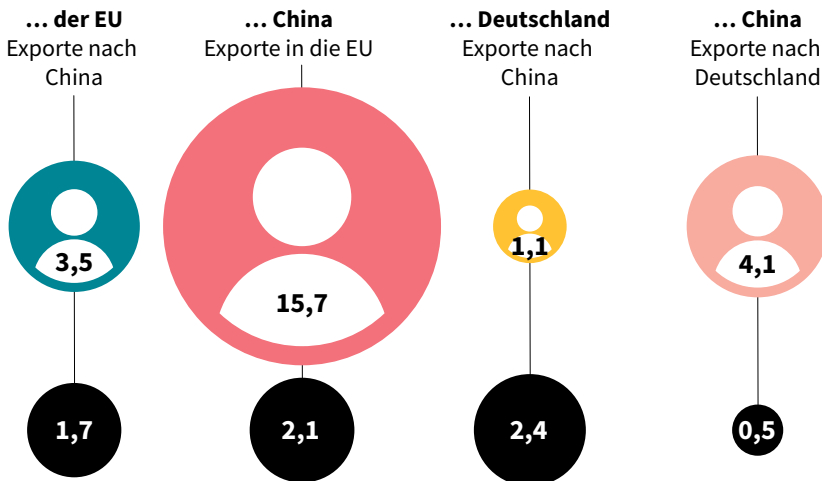
Doch dabei wird es voraussichtlich nicht bleiben. Bei einer Fortsetzung der derzeitigen Trends wird die Abhängigkeit der EU und Deutschlands von China weiter zunehmen, während sich umgekehrt Chinas Abhängigkeit weiter verringern wird. Das gilt vor allem deshalb, weil sich China mit der Made-in-China-2025-Strategie und der Strategie des doppelten Wirtschaftskreislaufs bewusst unabhängiger vom Westen machen will.

Die **Export-Abhängigkeiten** dagegen zeigen ein ganz anderes Bild: Die EU exportierte 2021 mit einem Anteil von 10,2 Prozent ihrer gesamten Warenausfuhren deutlich weniger nach China, als sie an Waren aus dem Reich der Mitte importierte (22,3 Prozent). Das daraus resultie-

Viele Jobs hängen am Export

So viele Millionen Arbeitsplätze in ... hingen im Jahr 2018 direkt und indirekt von den Exporten in dieses Land/diese Ländergruppe ab

■ Anteil an allen Arbeitsplätzen in Prozent



Quellen: OECD, Institut der deutschen Wirtschaft
© 2022 IW Medien / iwd

iwd

rende Handelsbilanzdefizit belief sich laut EU-Kommission auf rund 250 Milliarden Euro, denn die EU-Staaten importierten 2021 chinesische Waren für rund 470 Milliarden Euro, führten aber lediglich Waren im Wert von etwas mehr als 220 Milliarden Euro dorthin aus.

Das bedeutet aber auch: Exportseitig ist China damit abhängiger von der EU als die EU von China.

Für Deutschland gilt das Gegenteil. Mit einem Warenexportanteil von zuletzt 7,6 Prozent ist China für die deutsche Wirtschaft in etwa doppelt so wichtig wie Deutschland für China, das nur 3,4 Prozent seiner Ausfuhren hier absetzt. Dieser Befund wird bei der Betrachtung der gesamtwirtschaftlichen wertschöpfungsbezogenen Exportanteile bestätigt (Grafik Seite 11):

Deutschland weist mit einer gesamtwirtschaftlichen Abhängigkeit gegenüber der Volksrepublik China von 2,7 Prozent im Jahr 2018 die größte Exportabhängigkeit der betrachteten Länderkonstellatio-

nen auf – Chinas gesamte Wertschöpfung hing nur zu 0,6 Prozent von Wertschöpfungs-Exporten nach Deutschland ab.

Die EU ist mit einer Rate von 2,0 Prozent weniger abhängig von China als Deutschland. Sie ist exportseitig auch etwas weniger abhängig von China als umgekehrt China von der EU mit 2,2 Prozent seiner gesamten Wertschöpfung. Zwischen der Europäischen Union und China herrscht also in etwa ein Gleichgewicht bei den exportseitigen Abhängigkeiten.

Doch die unterschiedlichen Trends sind auch hier problematisch. Zwischen 2007 und 2018 halbierte sich die chinesische Wertschöpfung, die vom Export in die EU abhängt. Dagegen hat sich die exportseitige gesamtwirtschaftliche Abhängigkeit der EU und auch Deutschlands gegenüber China immer weiter und recht deutlich erhöht.

Mithilfe der gesamtwirtschaftlichen Exportanteile und unter Berücksichtigung der Arbeitsproduk-

tivität lässt sich übrigens auch die Zahl der Arbeitsplätze abschätzen, die ein Land aufgrund seiner Exporte hat (Grafik):

In China waren 2018 insgesamt annähernd 16 Millionen Arbeitsplätze vom Endverbrauch in der EU abhängig, in Deutschland hingen 1,1 Millionen Arbeitsplätze an den Ausfuhren nach China.

In der EU sind rund 3,5 Millionen Jobs direkt oder indirekt mit China verbunden, sodass auf Deutschland rund 30 Prozent aller EU-Arbeitsplätze entfallen, die am Geschäft mit Peking hängen.

Insgesamt sind die gegenseitigen gesamtwirtschaftlichen Handelsabhängigkeiten mit einer Größenordnung von 2 bis 3 Prozent zwar überschaubar, doch während China seine Abhängigkeit weiter verringert, gilt für die EU und auch für Deutschland das Gegenteil.

Aus geopolitischen Gründen und aufgrund der Erfahrungen seiner Energieabhängigkeit von Russland sollten die EU und Deutschland ihre Abhängigkeit von China vermindern. Insbesondere bei seltenen Erden, anderen kritischen Rohstoffen und Vorprodukten fehlt es hier noch an Tatkraft und Entschlossenheit, um alternative Versorgungsquellen in möglichst hohem Tempo aufzutun. Eine Voraussetzung dafür sind neue Handels- und Investitionsabkommen der EU mit den Schwellenländern in Asien, Lateinamerika und Afrika.

IW-Report 35/2022

Jürgen Matthes: Gegenseitige Abhängigkeit im Handel zwischen China, der EU und Deutschland
[iwkoeln.de/handelsabhaengigkeiten](https://www.iwkoeln.de/handelsabhaengigkeiten)

IW-Kurzbericht 48/2022

Melinda Fremerey, Thomas Obst: Globalisierungskrise: Welche Abhängigkeiten bestehen bei kritischen Gütern und Rohstoffen aus China?
[iwkoeln.de/globalisierungskrise](https://www.iwkoeln.de/globalisierungskrise)

„Die Welt des Wegschauens ist zu Ende“

Interview. *Wie lässt sich die Abhängigkeit von China reduzieren? Vor allem durch Diversifizierung, sagt **Jürgen Matthes**, IW-Experte für Internationale Wirtschaftsordnung und Konjunktur.*



Foto: IW Medien

Haben sich die Unternehmen in Deutschland, etwa die Automobilindustrie, zu abhängig von China gemacht?

Einige Unternehmen haben einen sehr hohen Anteil an ihren globalen Umsätzen in China. Und China ist ja auch ein sehr dynamisches Land, wo viele Firmen sagen: Da muss man präsent sein. Letztlich muss jeder Betrieb aber selbst entscheiden, ob er in einem einzelnen Land zu stark engagiert ist. Das gehört zum Risikomanagement. Wegen der zunehmenden politischen Konflikte muss hier vieles neu bewertet werden.

Wann hätte man denn erkennen können, dass der viel beschworene „Wandel durch Handel“ nicht funktioniert?

Spätestens, nachdem Xi Jinping ein paar Jahre an der Macht war, als es keine erkennbare Entwicklung mehr Richtung Marktwirtschaft und Demokratie gab.

Was sollten Unternehmen tun, die wirtschaftlich eng mit China verflochten sind?

Jedes Unternehmen muss für sich Szenarien durchspielen. Zum Beispiel den Fall, dass China in Taiwan einmarschiert und dann möglicherweise Druck – auch seitens der Vereinigten Staaten – aufkommt, die Handelsbeziehungen mit China weitgehend einzufrieren. Betriebe sollten interne Stresstests durchspie-

len und überlegen, ob und wie sie solche Situationen überleben können. Wenn sich zeigt, dass in einem solchen Fall die Firmenexistenz auf dem Spiel steht, sollte zügig gegengesteuert werden.

Viele wichtige Rohstoffe, zu denen es kaum alternative Lieferländer gibt, kommen in großen Mengen aus China. Wie lässt sich das lösen?

Man muss Alternativen aufbauen, am besten in anderen verlässlichen Partnerländern oder im Extremfall auch hier in Europa. Die Gewinnung und Weiterverarbeitung von seltenen Erden beispielsweise ist eine ziemlich dreckige Angelegenheit. Die hat man, wie viele andere Dinge, gerne nach China verlagert, auch weil man diese Tätigkeiten in den Industrieländern nicht haben wollte. China hat das gut und billig gemacht, auch weil der chinesische Staatskapitalismus kräftig subventioniert. Man konnte also in China günstig einkaufen, ohne sich um den Dreck zu scheren, der dabei entsteht. Diese Welt des Wegschauens ist jedoch zu Ende.

Was kann die Politik tun, um die Abhängigkeit Deutschlands respektive der EU von China zu reduzieren?

Die Bundesregierung könnte beispielsweise Investitions Garantien, mit denen der Staat politische Risiken in China absichert, reduzieren – dafür gibt es auch bereits erste

Anzeichen. Auch das bilaterale Investitionsabkommen mit China sollte eingefroren bleiben.

Darüber hinaus geht es vor allem darum, Anreize zu schaffen für mehr Geschäfte mit anderen Staaten. Zu nennen wären da lateinamerikanische Staaten, aber vor allem wirtschaftlich wichtige und sich dynamisch entwickelnde asiatische Länder wie Indonesien, Indien, Thailand und Malaysia. Hier gibt es allerdings auf beiden Seiten teils noch hohe Zölle. Eine entscheidende Maßnahme dagegen, die auch der Diversifizierung im Handel dient, sind Freihandelsabkommen. Doch Verhandlungen der EU mit diesen Staaten liegen auf Eis oder kommen kaum voran.

Woran liegt das?

Eine Hürde beim Abschluss der Abkommen sind die sehr hohen Standards der EU, insbesondere in puncto Nachhaltigkeit. Natürlich sollte es unser Ziel sein, dass sich Nachhaltigkeits- und Menschenrechtsstandards in Partnerländern verbessern. Aber wenn wir gleich mit der 100-Prozent-Forderung aufwarten, kommen wir zu keinem Ergebnis, denn darauf lassen sich die potenziellen Partnerländer nicht ein. Möglicherweise müssen wir uns da mit kleineren Fortschritten zufriedengeben, denn wir brauchen solche Abkommen aus geostrategischen Gründen unbedingt.

Noch viel zu tun

Gründungen. Trotz Corona-Krise wurden im Jahr 2021 mehr Unternehmen und Betriebe in Deutschland gegründet als vor der Pandemie. Viele – vor allem rechtliche – Faktoren hemmen aber nach wie vor die deutsche Gründerszene.

Nach einem kleinen Einbruch im ersten Pandemiejahr hat sich die Gründerszene in Deutschland schnell erholt. So hat die Zahl der Firmengründungen im vergangenen Jahr wieder zugenommen und sogar das Vorkrisenniveau übertroffen (Grafik):

Im Jahr 2021 wurden laut Statistischem Bundesamt rund 580.000 Unternehmen und Betriebe gegründet, das waren gut 8 Prozent mehr als im Vorjahr und 6 Prozent mehr als 2019.

Während die Zahl der gegründeten Betriebe, deren Rechtsform und Beschäftigtenzahl auf eine größere wirtschaftliche Bedeutung schließen lassen, im vergangenen Jahr gegenüber 2019 um rund 4 Prozent wuchs, sieht das Bild bei den neu gegründeten

Kleinunternehmen düsterer aus: Verglichen mit dem Vorkrisenjahr 2019 brach die Zahl der Neugründungen 2021 um knapp 20 Prozent ein.

Das lässt sich in großen Teilen auf die Pandemie zurückführen: So verzeichnet der Deutsche Industrie- und Handelskammertag (DIHK) vor allem für das Gastgewerbe und den Handel einen deutlichen Rückgang an Gründungsberatungen der Industrie- und Handelskammern in Deutschland. Das sind jene Dienstleistungsbranchen, in denen besonders gerne kleine Unternehmen gegründet werden, die in den vergangenen zwei Jahren aber stark von der Pandemie und den damit einhergehenden Einschränkungen betroffen waren.

In einer Umfrage des DIHK geben zudem zwei Drittel der jungen Unternehmen an, dass in der Pandemie die Nachfrage nach ihren Produkten und Dienstleistungen zurückging, sie weniger liquide waren und ihr Eigenkapital geschrumpft ist – Entwicklungen, die abschreckend wirken können.

Stattdessen setzen viele Bundesbürger ihre Gründungsideen erst einmal mit der Sicherheit eines geregelten Einkommens um: Besonders viele Neugründungen der vergangenen zwei Jahre sind Nebenberufsbetriebe, die zusätzlich zu einem bestehenden Arbeitsverhältnis geführt werden. Im Vergleich zu 2019 wollte sich 2021 fast ein Viertel mehr Gründerinnen und Gründer in

Gründungen in der Pandemie vor allem als Nebenerwerb

Zahl der Neugründungen von Unternehmen und Betrieben in Deutschland

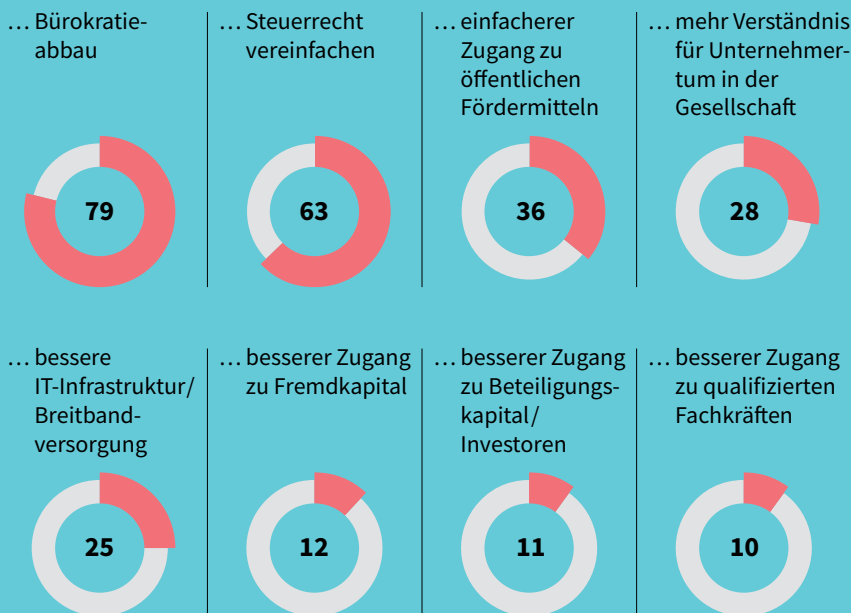
	2018	2019	2020	2021
Betriebe mit größerer wirtschaftlicher Bedeutung	122.700	122.600	116.700	126.900
Kleinunternehmen	169.100	164.000	135.400	132.000
Nebenberufsbetriebe	250.700	264.000	290.100	324.200
Neugründungen insgesamt	542.500	550.600	542.200	583.100

Ohne Urproduktion (z. B. Land- und Forstwirtschaft, Fischerei), freie Berufe (z. B. Ärzte, Rechtsanwälte) und Versicherungsunternehmen; größere wirtschaftliche Bedeutung: Klassifikation u. a. durch Rechtsform und Beschäftigtenzahl

Quelle: Statistisches Bundesamt
© 2022 IW Medien / iwd

Gründungsbremse Bürokratie

So viel Prozent der Gründerinnen und Gründer antworteten auf die Frage „Was muss geschehen, um den Gründungsstandort Deutschland zu verbessern?“ mit ...



Befragung von 258 Gründerinnen und Gründern vom 24. Januar bis zum 11. Februar 2022
Antworten: Auswahl

Quelle: Deutscher Industrie- und Handelskammertag
© 2022 IW Medien / iwd

iwd

wirtschaftlich unsicheren Zeiten ein zweites berufliches und finanzielles Standbein aufbauen – mit der Option, zu einem späteren Zeitpunkt dann hauptberuflich selbstständig zu werden. Die starken Zuwächse in diesem Bereich sind auch der Grund dafür, dass die Zahl der Neugründungen trotz weniger neuer Kleinunternehmen insgesamt gewachsen ist.

Unterm Strich steht Deutschlands Gründerszene im internationalen Vergleich aber nach wie vor mittelmäßig da: So hat die Bundesrepublik gegenüber Ländern wie den USA und China bei der Zahl großer Neugründungen mit weitem Abstand das

Nachsehen (siehe iwd 26/2021). Das liegt an einem ganzen Strauß von hemmenden Faktoren, wobei Gründerinnen und Gründer den größten Handlungsbedarf bei den rechtlichen Rahmenbedingungen sehen (Grafik):

Knapp 80 Prozent der vom DIHK befragten Gründerinnen und Gründer sehen den Bürokratieabbau als wichtigste Aufgabe der Politik an, um den Gründungsstandort Deutschland zu verbessern, 63 Prozent fordern eine Vereinfachung des Steuersystems.

Gewünscht werden vor allem digitalisierte, gebündelte und leicht

verständliche Prozesse. Immerhin erweckt der Koalitionsvertrag den Eindruck, dass die Politik den Handlungsbedarf erkannt hat: Laut der Vereinbarung von SPD, Grünen und FDP soll eine Unternehmensgründung innerhalb von 24 Stunden möglich werden. Ein erster Schritt dahin ist die Etablierung des sogenannten Once-Only-Prinzips, nach dem bei Genehmigungs- und Meldeverfahren Daten nicht doppelt angegeben werden müssen.

Rund ein Drittel der Gründerinnen und Gründer wünscht sich darüber hinaus einen einfacheren Zugang zu öffentlichen Fördermitteln, ein Viertel eine flächendeckende Breitbandversorgung. Einen besseren Zugang zu Fremdkapital fordern 12 Prozent, 11 Prozent zu Beteiligungskapital – hierunter vornehmlich wachstumsorientierte Start-ups. Dass dieser Prozentsatz nicht höher ausfällt, dürfte auch am 2 Milliarden Euro schweren Maßnahmenpaket liegen, das die Bundesregierung im Zuge der Corona-Pandemie verabschiedet hatte und einige finanzielle Probleme der Jungunternehmen abmildern konnte.

Um neu gegründete Unternehmen weiter zu entlasten und Deutschland zum führenden Start-up-Standort zu machen, wie es Kanzler Olaf Scholz angekündigt hat, sind jetzt möglichst schnelle Maßnahmen nötig. So sollten zunächst Antragsformulare für Förderleistungen bundesweit vereinheitlicht, die digitale Verwaltung („eGovernment“) weiter ausgebaut und Buchführungsgrundsätze vereinfacht werden, um Bürokratiehemmnisse abzubauen.

Impressum

Herausgeber: Institut der deutschen Wirtschaft Köln e.V. · **Präsident:** Arndt Günter Kirchhoff · **Direktor:** Prof. Dr. Michael Hüther · **Mitglieder:** Verbände und Unternehmen in Deutschland
Redaktionsleiter: Jork Herrmann (verantwortlich) · **Redaktion:** Berit Schmiedendorf (stellv.), Andreas Wodok (Textchef), Lara Kamann, Florian Janssen, Alexander Weber
Grafik: IW Medien GmbH · **E-Mail:** iwd@iwkoeln.de · **Bezugspreis:** € 12,19/Monat inkl. Versand und MwSt., Erscheinungsweise 14-täglich · **Aboservice:** Friederike Ennsberger, Telefon: 0221 4981-450, ennsberger@iwkoeln.de · **Verlag:** Institut der deutschen Wirtschaft Köln Medien GmbH, Postfach 10 18 63, 50458 Köln · **Telefon:** 0221 4981-0 · **Druck:** Henke GmbH, Brühl · **Rechte für Nachdruck oder elektronische Verwertung über:** lizenzen@iwkoeln.de · **Zur Abwicklung des Vertriebs erforderliche Daten werden nach den Bestimmungen des Bundesdatenschutzgesetzes verwaltet, E-Mail:** datenschutz-iwd@iwmedien.de.



Für ein besseres Bürokratieverständnis

Wissenschaftspreis Bürokratie.

Auch IW-Gründungsdirektor Fritz Hellwig war klar, dass es ohne Regeln und Vorschriften keine gut funktionierende Verwaltung gibt. Gleichwohl verfolgte er mit Sorge, dass Bürokratien die Tendenz haben, ihre Kompetenz auszuweiten und infolgedessen Freiheits- und Gestaltungsspielräume erodieren. Durch die „Überwucherung des Marktgeschehens mit Regulierungs- und Verwaltungsvorschriften“ sah Hellwig die Marktwirtschaft auf einem Weg zur „dezentralen Verwaltungswirtschaft“.

Ihm war es deshalb wichtig, dass das Wirken von Bürokratien besser verstanden wird – sei es, um ihre positiven Funktionen zu stärken oder um den negativen Folgen besser entgegenwirken zu können. Deshalb hat Hellwig den mit 5.000 Euro dotierten Wissenschaftspreis Bürokratie gestiftet, der nun zum fünften Mal vom Stifterverband für die Deutsche Wissenschaft und dem Institut der deutschen Wirtschaft ausgeschrieben wird. Er würdigt wissenschaftlich fundierte Monografien und Publikationen in wissenschaftlichen Zeitschriften, die sich mit der Funktionsweise und Wirkung von Bürokratien in Staat, Wirtschaft und Gesellschaft auseinandersetzen. Eingereicht werden können Arbeiten, die in den vergangenen drei Jahren erschienen sind, Einsendeschluss ist der 31. März 2023. Interessenten wenden sich bitte an IW-Geschäftsführer Hubertus Bardt, der über folgende E-Mail-Adresse zu erreichen ist:

Wissenschaftspreis-Bürokratie@iwkoeln.de

Top-Liste: Schutzsuchende

Das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge hat zwischen dem 24. Februar und dem 19. Juni rund 867.000 Personen aus der Ukraine registriert – damit stellen Ukrainerinnen und Ukrainer nunmehr die größte Gruppe unter den Flüchtlingen in Deutschland. Vor einem Jahr noch stammten die meisten Zuwanderer, die wegen Flucht und Asylsuche in die Bundesrepublik gekommen sind, aus Syrien. Dass mit rund 140.000 Menschen auch relativ viele Polinnen und Polen in Deutschland Schutz suchten, mag überraschen, ist aber auf zwei Entwicklungen zurückzuführen: In den 1980er Jahren kamen 200.000 Polen wegen Unterdrückung und einer schwierigen wirtschaftlichen Lage in die Bundesrepublik, ein Teil von ihnen stellte Asylanträge. Außerdem kamen nach dem Zweiten Weltkrieg auch viele (Spät-)Aussiedler nach Deutschland – vor allem aus Polen, aber auch aus Russland und Kasachstan.

Zuwanderung: Die größten Fluchtländer

So viele Flüchtlinge aus diesen Ländern lebten 2021 in Deutschland

